



Agenda 2011-2012

Zukunft ist da, wo wir sind



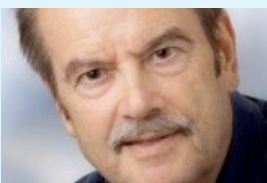
Dieter Neumann, Lehrte, Autor, freier Journalist, Mitglied im Verband Deutscher Pressejournalisten, gründet im Mai 2010 Agenda 2011-2012, eine Initiative von Bürgern für Bürger. Das Ziel ist, eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Staatskosten zu erreichen.

Agenda 2011-2012 engagiert sich in erheblichem Umfang in der Gesellschaft. Ein Ausdruck dieses Engagements sind die vielfältigen Aktivitäten in Information, Aufklärung und Gestaltung des politischen Lebens. Sie trägt mit ihrer Arbeit in besonderem Maße zur Sanierung des Staatshaushaltes und der Rückführung der Staatschulden bei.

Ziel aller Aktivitäten ist, Menschen aus der Armut zu helfen, den Mittelstand zu stärken, Möglichkeiten für eine bessere Ausbildung zu erlangen, Talente zu fördern und aus der Arbeit nachhaltige Impulse für die Gesellschaft zu geben. Staats- und Regierungschefs haben bisher keine Antworten darauf, wie die globalen Krisen gelöst werden können, weitere Krisen folgen. Hätten Sie Antworten, gäbe es keine Krisen.

Agenda 2011-2012 hat Antworten auf die vielen kleinen großen Probleme und Aufgaben. Es wird dazu ein plausibles und beispielloses Konzept einer Staatssanierung angeboten, das unweigerlich zur Lösung der Krisen beiträgt. Über 10 Millionen Mal wurden unsere Berichte statistisch von Usern aufgerufen, gelesen und heruntergeladen. Das Gründungsprotokoll ist als Sachbuch erschienen und in der Staatsbibliothek hinterlegt.

Dieter Neumann



Im Mai 2010 wurde das soziale Netzwerk Agenda 2011-2012, eine Initiative von Bürgern für Bürger, gegründet und im Internet präsentiert. Das Ziel aller Aktivitäten ist eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates. Parallel dazu wurde der Öffentlichkeit ein Sanierungsprogramm mit einem aktuellen Finanzrahmen von über 275 Mrd. Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht.

Um dieses Vorhaben zu realisieren, braucht das soziale Netzwerk Agenda 2011-2012 Partner. Es werden Bürger, Politiker, soziale Netzwerke, Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmer und Vermögende angesprochen, sich dieser Aufgabe zu stellen und Agenda 2011-2012 zu unterstützen. Staats- und Regierungschefs, Ökonomen, Wirtschaftswissenschaftler und Experten haben keinen Kurs, der aus der Krise weist. Die Politik ist in sich zerstritten. Jedermann kann einen Beitrag leisten, damit dieses Vorhaben gelingt.

Kein Geringerer als Jean Claude Juncker, dienstältester Regierungschef eines EU-Landes und Präsident der Europakommission, meint: „Wir befinden uns mitten in der Krise, weitere werden folgen.“ Es sollte heißen, wir befinden uns in der Schuldenkrise und weitere Krisen werden daraus entstehen. Die Schuldenkrise hat ab 2009 zwar zu erheblichen Rückgängen bei der Wirtschaftsleistung vieler Staaten geführt, sie ist jedoch hausgemacht.

Die Staatsausgaben der USA, der EU-Staaten und Japans sind in den letzten 45 Jahren um 32.000 Milliarden Euro höher als die Staatseinnahmen. In dieser Zeit wurde kein Dollar, Euro/DM oder Yen getilgt. Rezession, hohe Arbeitslosigkeit, gestiegene Rohstoffpreise und Energiekosten, Niedriglohn, Armut, Kriegsängste, Flüchtlingsströme und Migrationsängste haben die Krise beschleunigt.

Die Gesellschaft ist gespalten, die Kluft zwischen Armen und Reichen wird immer tiefer. Ein Prozent der Menschheit besitzt 99 Prozent des Weltvermögens, die anderen den Rest. Der Graben zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen wird immer breiter und der zwischen Recht und Wirklichkeit fast unüberwindbar. In den USA veröffentlichen Medien namentlich 30 TOP Konzerne, die schwindelerregende 2,1 Billionen Euro in Steueroasen versteckt haben.

Da verwundert es kaum noch jemanden, dass die Steuerconnection nach Panama, Seychellen, Liechtenstein, Luxemburg und Belgien in Steuerparadiese ausweicht. Oder in Andorra, Monaco, Bulgarien, Mauritius, Dubai, Cayman Island, der Schweiz keine oder geringe Steuern zahlen. Banken und Autokonzerne zahlen Milliarden Strafen für Vergehen. Medien lassen sich dazu herab, in diesem Zusammenhang von Verbrechen und Politikern zu sprechen.

Schulden und Einnahmeverluste sind ein großes Problem. Hinzu kommt die Macht von Konservativen und Reichen, die nichts Gutes verheißen. Ihr Repräsentant, Donald Trump, gibt die Richtung vor: Er will keine Steuererhöhungen für Reiche, keine Steuersenkungen für Beschäftigte, keine Gewerkschaften, nicht in Sozialsysteme investieren, das sei ein Verbrechen, und Migranten und Abtreibung sind des Teufels Werkzeug. Er will, dass die USA Kriegsverbrechen verüben. Weitere Irritationen entstehen durch die Nullzinspolitik der internationalen Notenbanken.

Minimalforderungen:

Gesetzlicher Mindestlohn ab 2017 pro Stunde 9,50 Euro.

Grundrente 950 Euro, Eheleute je 650 Euro. In den Niederlanden erhält jeder Rentner 1.050 Euro, Eheleute je 746 Euro, ob sie gearbeitet haben oder nicht.

Kinder-Grundsicherung 500 Euro dürfte bei durchschnittlich 1,4 Kindern nicht das Problem sein.

Es gibt rund 7 Mio. Menschen ohne Job die Regelsatz Leistungen in Anspruch nehmen. Es wird für eine Anpassung an die Armutsgrenze von 979 Euro gestimmt.

Lohnsteuerreform: 10 bis 30 Prozent Steuern bis zum Spitzensteuersatz von 60.000 Euro, ab 60.001 Euro bis 200.000 Euro 40 Prozent ab 200.001 Euro 50 Prozent.

Eine deutliche Belebung des sozialen Wohnungsbaus der fast zum Erliegen gekommen ist.

Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögensteuer.

Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer

Erbchaftsteuer von 1,5 auf 5 Prozent erhöhen.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer (lt. Schäuble 40 Mrd. Euro pro Jahr).

Unternehmen, die keinen Euro Mehrwertsteuern zahlen, sollten mit 1 Prozent an der MWST beteiligt werden, das wären Mehreinnahmen von über 40 Milliarden Euro pro Jahr

Folge Agenda 2011-2012 zu 30 Schwerpunktthemen mit einem Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro Berichten zur Lösung der Probleme und Überwindung der Krise.



Was bedeutet das alles für Deutschland, der größten Volkswirtschaft der EU und viertgrößten der Welt? Agenda 2011-2012 liefert ein starkes Kontrastprogramm, eine komplexe Antwort auf die Schuldenkrise. Anhand von 33 Schwerpunktthemen wird die Finanzierbarkeit der vorgeschlagenen Lösungen demonstriert: Wiedereinführung der ersatzlos gestrichenen Börsenumsatzsteuer (1991) würde Steuereinnahmen von rund 40 Mrd. Euro bedeuten. Ausgerechnet Finanzminister Schäuble hält die vergleichsweise Einführung der Finanztransaktionssteuer, die nach seinen Angaben 40 Mrd. Euro Steuern bedeuten würde, für politisch nicht durchsetzbar. Wiedereinführung der ausgesetzten (!) Vermögensteuer (1997). Bei 0,33 Prozent Steuern auf Privatvermögen, von denen eine Minderheit über 12 Billionen Euro besitzt, sind es Steuereinnahmen von rund 40 Mrd. Euro.

Dazu zählt eine Reform der Mehrwertsteuer, zu der Schäuble ebenfalls sagt, dass sie politisch nicht durchsetzbar ist. Auf Milch werden 19 % und aus Mineralwasser 7 %, auf Babynahrung 19 % und auf Hundefutter 7 % MwSt. erhoben. Die Einnahmen aus der MwSt. betragen 2014 rund 841 Mrd. Euro. Davon zahlen Bürger 131 Mrd. Euro und Unternehmen keinen Cent, da sie rund 700 Mrd. Euro Umsatzsteuer vom Staat erstattet bekommen. Agenda 2011-2012 stimmt für eine Erstattung an Unternehmen statt 7 nur 6 % und statt 19 nur noch 18 Prozent. Das wären Mehreinnahmen von rund 40 Mrd. Euro.

Agenda 2011-2012 bietet weitere 30 Programme zur Diskussion an, die Steuereinnahmen von rund 230 Mrd. Euro zur Folge haben. Das ist der Rahmen, um die wachsenden Kosten, insbesondere für Sozialleistungen aufzubringen, um dessen Unterstützung geworben wird. Wie geht Politik? Parlamentarier beschließen nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze, denen der Bundesrat zustimmen muss. Unternehmensverbände, Lobbys und anderen Interessensgruppen drücken mit 12.000 Billionen Euro Privatvermögen und 5.850 Mrd. Euro Umsatz auf politische Entscheidungen - zu ihren Gunsten.

Das deutsche Steuerrecht ist in den vergangenen Jahren ungerechter geworden. Während insbesondere Vermögende und Unternehmen entlastet wurden, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Deutschland hat sich zum Niedriglohnland Nummer eins in Europa entwickelt. 14,5 Mio. Beschäftigte, mit Stundenlöhnen von unter 5, 6, 7, 8, und 8,50, sind an Tarifverträge gebunden und erhalten keinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, was viele Menschen nicht wissen.

Das hat zur Folge, dass 4 Mio. Rentner Bruttorenten von unter 500 Euro und 5,45 Mio. Rentner Bruttorenten von unter 700 Euro beziehen. 13 Mio. Armen, darunter 2,5 Mio. arme Kinder, verweigert man eine Anpassung der niedrigen Bezüge an die Armutsgrenze von netto 979 Euro. Das ist sozial verwerflich.

Agenda 2011-2012 ist der Zeit weit voraus. Bisher haben Politiker, Ökonomen, Forschungsinstitute, Wirtschaftsinstitute und Wirtschaftswissenschaftler glaubhaft erklärt, dass bis 2040 rund 15 Millionen qualifizierte Beschäftigte fehlen. Wer hat dem widersprochen, keiner. Und nun die Botschaft, dass bis 2040, laut Zukunftsforschern, der School of London und Unternehmen (4.0), jeder 2. Job verloren geht bzw. 18 Millionen Arbeitsplätze wegbrechen. Agenda 2011-2012 bietet auch dazu Lösungs- und Finanzierungsvorschläge an.

Die Neuerscheinung des Sachbuchs Agenda 2011-2012 „Protokoll einer Staatsanleiherung - Wege aus der Krise“ ist eine komplexe Analyse der Krise und zeigt Wege sie zu überwinden. Buch und E-Book sind ab sofort im Handel, Internet und Agenda 2011-2012 verfügbar.

Dieter Neumann